

Deutschland 2030

Leitantrag zum Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands

vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kiel

1
2
3
4
5 Unserer Generation geht es in unserem Land momentan so gut wie keiner Generation zuvor.
6 Noch nie hat es eine so lange Periode ununterbrochenen Friedens, Wachstums und Wohl-
7 stands gegeben. In vielen Bereichen ist unser Land zum weltweit anerkannten Vorreiter ge-
8 worden, zum Beispiel in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, wirtschaftlichen Freiheit
9 und sozialen Sicherung. Trotzdem gibt es zentrale Themenfelder, bei denen wir nun die richti-
10 gen Weichenstellungen vornehmen müssen um den kommenden Herausforderungen begegnen
11 zu können und den Wohlstand und die Errungenschaften unserer Eltern und Großeltern
12 für uns und unsere Nachkommen erhalten zu können.

13 14 **Zukunft Europas**

15 Europa ist eine Erfolgsgeschichte und weitaus mehr als eine reine Wirtschafts- und Zollunion.
16 Ein freies Europa sichert uns – wie bislang keiner anderen Generation vor uns – Frieden, Wohl-
17 stand und Sicherheit. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die sich der Verbrei-
18 tung unserer Grundwerte wie Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Chancengerechtigkeit
19 und Solidarität verschrieben hat. Europa stiftet uns eine gemeinsame Identität.

20 Trotz gemeinsamer Grundwerte nimmt die Europa-Skepsis in den Mitgliedsstaaten seit Jahren
21 zu. Europa mobilisiert die Menschen heute nicht mehr in gleichem Maße, wie es dies früher
22 getan hat. Dies liegt zum Teil an dem erfolgreichen Friedensprojekt Europa selbst, da sich die
23 großen existenziellen Fragen, wie die Frage nach „Krieg oder Frieden“, heute glücklicherweise
24 nicht in gleichem Ausmaß stellen.

25 Deshalb fordern wir:

26 1. Europa demokratischer zu gestalten

27 Das Europäische Parlament soll den Präsidenten der Europäischen Kommission künftig vor-
28 schlagen und alleine wählen dürfen. Zudem soll das Europäische Parlament das Recht erhalten,
29 Gesetzesinitiativen selbst einbringen zu dürfen. Wir sprechen uns für ein vollständig demokra-
30 tisch legitimiertes Parlament aus. Wir fordern daher ein europaweit einheitliches Wahlrecht,

31 dass die Gleichheit der Wahl garantieren soll. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass unsere
32 Europaabgeordneten auch in Zukunft eine enge Anbindung an die Bürger ihres Bundeslandes
33 haben. Eine solch starke Verwurzelung ist jedoch aus unserer Sicht gefährdet, wenn über die
34 Kandidatenaufstellung nicht mehr vor Ort, sondern in Brüssel oder anderen Hauptstädten
35 entschieden wird. Länderübergreifende Listen lehnen wir daher ab.

36 2. Europa bürgernäher zu gestalten

37 Für viele Menschen sind die Entscheidungsabläufe, die konkreten Verantwortlichkeiten und
38 politischen Zusammenhänge in Europa nicht durchschaubar. Wir fordern eine starke Reduzie-
39 rung der Anzahl der EU-Kommissare sowie eine transparentere Gestaltung der politischen
40 Entscheidungsprozesse in Europa.

41 3. die Grenzen zu schützen und die Polizeien zu vernetzen

42 Wir bekennen uns zum Schengener-Abkommen und den damit verbunden Freiheiten, die es
43 den Bürgern der EU unter anderem erlauben, frei zu reisen. Offene Grenzen im Innern setzen
44 aber geschützte Grenzen nach Außen voraus. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer echten
45 Europäischen Grenzpolizei, welche die Außengrenzen erfolgreich schützt und nur die legale
46 Einreise ermöglicht. Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung der europäischen Polizeibe-
47 hörden untereinander ein. Europol soll diese Vernetzung koordinieren und zu einer europäi-
48 schen Polizeibehörde mit EU-weiten Exekutivbefugnissen umgebaut werden. Damit soll
49 grenzüberschreitender Kriminalität und dem Terrorismus das Handwerk gelegt werden.

50 4. ein vereintes Europa

51 Die Europäische Union soll auch in Zukunft eine Gemeinschaft aus Nationalstaaten bleiben,
52 denn gerade in dieser Vielfalt liegt unsere Kraft. Erweiterungen der Union können nur dann
53 gelingen, wenn eine gemeinsame Wertebasis vorhanden ist und die wirtschaftlichen Voraus-
54 setzungen gegeben sind. Wir fordern daher den sofortigen Abbruch der Beitrittsgespräche mit
55 der Türkei.

56 5. einen europäischen Feiertag

57 Um die europäische Einigung stetig im Bewusstsein der Menschen zu halten, sprechen wir uns
58 für die Einführung eines gesetzlichen europäischen Feiertages aus. Als Anlass dafür schlagen
59 wir den 9. Mai als Tag des Gedenkens an die Schuman-Erklärung vor. Durch dieses gemeinsa-
60 me Feiern soll das europäische Gemeinschaftsgefühl weiter gestärkt werden.

61 Der gesetzliche Feiertag ermöglicht eine breite Auseinandersetzung im staatlichen, schuli-
62 schen und kulturellen Rahmen mit dem europäischen Gedanken zur Stärkung eines europäi-
63 schen Bewusstseins.

64 6. weniger Bürokratie bei der Mobilität innerhalb der EU

65 Der Umzug von EU-Staat zu EU-Staat stellt Bürger vor große Herausforderungen, da nationale
66 Themen wie Wohnsitz, Krankenversicherung, Steuerpflicht, Kindergeldzahlungen, Rentenver-
67 sicherung und viele weitere zu wenig abgestimmt sind. Dies hinterlässt bei europäischen Bür-
68 gern keinen Eindruck eines vereinten Europas. Wir fordern, dass die Europäische Union die
69 Bürger bei diesen Alltagshürden unterstützt und als beratender Partner zur Seite steht, um die
70 Mobilität innerhalb der EU zu vereinfachen.

71 7. die sozialen Sicherungssysteme den Gegebenheiten europäischer Freizügigkeit anzu-
72 passen

73 Arbeitnehmer- und Personenfreizügigkeit ermöglichen gerade der jungen Generation gren-
74 zenloses Reisen und Arbeiten. Zugleich stellen diese Errungenschaften der Europäischen Eini-
75 gung unsere sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen. Wir wollen verhindern,
76 dass unser hohes soziales Sicherungsniveau und die europäischen Grundfreiheiten gegenei-
77 nander ausgespielt werden. Deshalb sollen substantielle Sozialleistungen erst dann gewährt
78 werden, wenn über mehrere Jahre hinweg in Deutschland in die sozialen Sicherungssysteme
79 eingezahlt wurde. Das Kindergeld für im Ausland lebende Kinder wollen wir an die dortigen
80 Lebenshaltungskosten anpassen.

81 8. die Ablehnung eines Finanzministers und eines Budgets für die Eurozone

82 Wir lehnen die Forderungen des französischen Staatspräsidenten zur Einführung eines Bud-
83 gets für die Eurozone sowie die Schaffung der Position eines europäischen Finanzministers ab.
84 Der Mehrwert eines europäischen Finanzministers und eines Eurozonenbudgets ist derzeit
85 nicht erkennbar. Eine dauerhafte Transfer- und Haftungsunion, die über die aktuellen Instru-
86 mente hinaus geht, lehnen wir darüber hinaus strikt ab.

87

88 **Zukunft der äußeren Sicherheit**

89 Das globale Machtgefüge verschiebt sich zunehmend weg von der relativ stabilen Nachkriegs-
90 ordnung hin zu einem multipolaren Spiel der Kräfte. Im Angesicht selbstbewusst auftretender
91 Autokratien darf sich Deutschland nicht allein auf seine wirtschaftliche Macht verlassen, son-
92 dern muss eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik betreiben.

93 Deshalb fordern wir:

94 1. die transatlantische Freundschaft zu bewahren

95 Fundament der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die tiefe Einbettung in die westli-
96 che Wertegemeinschaft, insbesondere in die Europäische Union und die NATO. Eingedenk der
97 Tatsache, dass in einem demokratischen Rechtsstaat eine Einzelperson nie dauerhaft maßgeb-
98 lich ist, bleiben die USA der für uns wichtigste Partner außerhalb Europas. Bei allen berechtig-
99 ten Meinungsunterschieden bekennen wir uns zu einer engen transatlantischen Partnerschaft.

100 2. Solidarität mit unseren östlichen Partnern

101 Wir unterstützen den Kurs der Bundesregierung, Sanktionen gegen Russland erst dann zu lo-
102 ckern, wenn Russland zur Achtung elementarer Gewährleistungen des Völkerrechts zurück-
103 kehrt. Zudem fordern wir eine stärkere NATO-Präsenz an der Ostflanke des Bündnisses, um
104 Russland keine Spielräume für weitere Aggressionen zu belassen. Hierzu gehört auch die
105 schnelle Umsetzung des sogenannten Military Schengen, wonach die Verlegung militärischen
106 Geräts nicht länger durch Genehmigungserfordernisse einzelner Staaten verzögert wird.

107 3. das Iran-Atomabkommen neu zu verhandeln

108 Wir bekennen uns zur Sicherheit Israels als deutscher Staatsräson und fordern eine Neuver-
109 handlung des Iran-Atomabkommens, deren Gegenstand auch die Entwicklung ballistischer
110 Raketen durch den Iran sein muss. Eine Entspannungspolitik gegenüber dem Iran darf es nur
111 dann geben, wenn das Mullah-Regime seine offene Feindseligkeit gegenüber Israel und seine
112 aggressive Expansionspolitik im Nahen Osten einstellt.

113 4. einen realistischen Umgang mit der Volksrepublik China

114 Die Erkenntnis, dass einzelne europäische Länder im Umgang mit internationalen Großmäch-
115 ten allein schnell übervorteilt werden können, war einer der wichtigsten Gründungsgedanken
116 der Europäischen Union. Insbesondere im Umgang mit aufstrebenden Ländern wie der Volkre-
117 publik China kann und muss die Europäische Union ihre Daseinsberechtigung dauerhaft unter
118 Beweis stellen. Bei aller Bedeutung der Volksrepublik China als wirtschaftlicher Partner dürfen
119 sich die europäischen Staaten nicht wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen gegenei-
120 nander ausspielen lassen. Kritische Infrastrukturen und Technologien müssen europaweit vor
121 Einflussnahme durch autokratische Staaten geschützt werden. Wir fordern für diese Bereiche
122 die Einführung eines präventiven Kontrollgremiums für ausländische Direktinvestitionen auf
123 europäischer Ebene. Darüber hinaus muss Europa endlich eine eigenständige Antwort auf in-
124 ternationale chinesische Infrastruktur- und Investitionsprogramme finden. Ein gemeinsames

125 strategisches Vorgehen aller europäischen Länder unter Berücksichtigung sicherheitspoliti-
126 scher Aspekte ist dabei unerlässlich.

127 5. eine neue militärische Stärke im europäischen Rahmen

128 Deutschland muss endlich einen angemessenen Beitrag zur Sicherheitsarchitektur von NATO
129 und EU leisten. Wir stellen mit großer Enttäuschung fest, dass die Bundeswehr nach mehr als
130 zwölf Jahren unter Unionsführung weiter denn je von diesem Ziel entfernt ist. Neben der ver-
131 kündeten Trendwende bei der Materialbeschaffung fordern wir eine Rückbesinnung der Bun-
132 deswehr auf ihren ureigenen Auftrag, an dessen erster Stelle die Fähigkeit zum Kampf steht.
133 Auch unpopuläre Entscheidungen wie etwa die Beschaffung bewaffneter Drohnen dürfen nicht
134 weiter zulasten der Einsatzfähigkeit und des Schutzes unserer Soldaten aufgeschoben werden.
135 Beschaffungen und der Aufbau von Strukturen sollten soweit wie möglich im europäischen
136 Rahmen erfolgen.

137 6. Entwicklungszusammenarbeit als Stabilitätsinstrument zu verstehen

138 Entwicklungszusammenarbeit ist neben militärischem Engagement das zentrale Instrument,
139 um die Nachbarregionen Europas zu stabilisieren und die Ursachen von Migrationsströmen
140 abzumildern. Europa ist von Krisenregionen umgeben, deren Probleme wir nicht ignorieren
141 können. Die EU muss sich als Partner für Entwicklung einbringen und andere Staaten bei dem
142 Erreichen gemeinsamer Ziele, wie bspw. dem Klimaschutz oder der Bewahrung der Meeresres-
143 sourcen, unterstützen. Wir fordern die ODA-Quote (Official Development Assistance) bei 0,5
144 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu halten. Primär muss die Entwicklungszusammenar-
145 beit in Nordafrika, der Sahel-Zone und dem Nahen Osten auf die Schaffung einer wirtschaftli-
146 chen Perspektive für zurückkehrende Schutzsuchende, regionale Flüchtlinge und die lokale
147 Bevölkerung abzielen.

148

149 **Zukunft der inneren Sicherheit**

150 Sicherheit und Ordnung sind Grundvoraussetzungen für das gedeihliche Zusammenleben in
151 unserer freiheitlichen Gesellschaft. Ohne Sicherheit kann sich Freiheit nicht entfalten. Gerade
152 in Zeiten zunehmender Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft, in Zeiten von un-
153 geordneter Migration und internationalem Terrorismus, wollen wir als junge Generation einen
154 handlungsfähigen Staat, auf den die Menschen sich verlassen können.

155 Deshalb fordern wir:

156 1. Sicherheit 4.0

157 Wir wollen unseren Rechtsstaat fit für das digitale Zeitalter machen. Neue Kommunikations-
158 formen und Verschlüsselungstechnologien dürfen die Arbeitsfähigkeit unserer Sicherheitsbe-
159 hörden nicht beeinträchtigen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Polizei und Nachrichten-
160 dienste im digitalen Raum dieselben Befugnisse haben wie Offline.

161 2. eine wehrhafte Demokratie

162 Extremisten jedweder Art haben in unserer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz. Wer seine
163 politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen will, muss die volle Härte des Rechtsstaates zu spü-
164 ren bekommen. Vereine und Organisationen, die mit Extremisten zusammenarbeiten, dürfen
165 keinerlei staatliche Fördermittel erhalten.

166 3. einen handlungsfähigen Rechtsstaat

167 Nur starke Behörden können Sicherheit gewährleisten. Ein erfolgreiches Land wie Deutschland
168 darf sich keine überlastete Justiz und keine Überstundenberge bei der Polizei erlauben. Des-
169 halb setzen wir uns dafür ein, die Einstellungsoffensiven der vergangenen Jahre fortzusetzen
170 und zu verstärken. Zudem wollen wir unsere Behörden mit zeitgemäßen Arbeitsmitteln aus-
171 statten.

172 4. die zu beschützen, die uns beschützen

173 Wir stehen hinter unseren Soldaten, Polizisten und Rettungskräften. Wer sie angreift, greift
174 unsere Gesellschaft an. Pöbeleien und Angriffe gegen Soldaten, Polizisten und Rettungskräfte
175 müssen mit aller Konsequenz verfolgt und bestraft werden. Kennzeichnungspflichten lehnen
176 wir ab. Als Zeichen gesellschaftlicher Anerkennung sowie zur Erhöhung des Sicherheitsemp-
177 findens im öffentlichen Raum setzen wir uns zudem dafür ein, dass Soldaten in Uniform die
178 Züge der Deutschen Bahn unter den gleichen Bedingungen kostenlos nutzen dürfen, unter
179 denen dies bislang bereits für Bundespolizisten der Fall ist.

180 5. Ordnung an den Grenzen

181 Wir wollen, dass durch einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen illegale Migration un-
182 terbunden wird. Unzureichender Außengrenzschutz darf nicht zulasten Deutschlands gehen.
183 Soweit europäische Maßnahmen keinen Erfolg haben, sind Sicherheit und Ordnung durch na-
184 tionale Maßnahmen zu gewährleisten.

185 6. Deutschland wirksam zu beschützen

186 Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat für uns oberste Priorität. Für erkannte Terroristen und
187 Gewalttäter aus anderen Ländern kann in Deutschland auch aus humanitären Gründen kein
188 Raum sein. Ist eine Rückführung ins jeweilige Heimatland nicht möglich, so ist im Wege bilate-
189 raler Abkommen die Abschiebung in ein anderes Land sicherzustellen. Vorrangiges Ziel einer
190 Abschiebung ist nicht die Rückkehr ins Heimatland, sondern die Ausreise aus Deutschland.

191 7. den inneren Frieden zu bewahren

192 Deutschland darf nicht zum Austragungsort politischer und ethnischer Konflikte fremder Län-
193 der werden. Den Missbrauch unserer freiheitlichen Ordnung für derartige Zwecke wollen wir
194 durch Anpassungen des Versammlungsrechts unterbinden. Wahlkampfveranstaltungen aus-
195 ländischer Politiker in Deutschland vor ihren in Deutschland lebenden Landsleuten lehnen wir
196 ab.

197

198 **Zukunft der Rente**

199 Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung ist eines der größten und umfassendsten
200 sozialpolitischen Projekte für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Die großen Herausforde-
201 rungen liegen in der Zeit nach 2025, wenn die Generation der Babyboomer in den Ruhestand
202 geht. Ziel muss es sein, die Rente bis dahin zukunftssicher zu machen und so zu gestalten, dass
203 sie trotz der größer werdenden Herausforderung durch den demografischen Wandel generati-
204 onengerecht wird und der jungen Generation die Möglichkeit gibt, verlässlich für das Alter
205 vorzusorgen.

206 Deshalb fordern wir:

207 1. das Leistungsprinzip der Rente zu erhalten

208 Effizient vor Altersarmut schützt nur die Grundsicherung im Alter. Eine „Leistungs“-
209 oder „Grundrente“ zerstört das Leistungsprinzip der Rente. Sie ist unsozial, da sie ein
210 Umverteilungselement schafft, das aus einem Topf finanziert wird, in den nur die Rentenversi-
211 cherten einzahlen und ein Großteil der Bevölkerung nicht.

212 2. die Kopplung des Renteneintrittsalters an die durchschnittliche Lebenserwartung

213 Während die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland immer stärker steigt, stagniert
214 das Renteneintrittsalter. Auch die vollständige Umsetzung der Rente mit 67 trägt dieser Ent-

215 wicklungen nicht ausreichend Rechnung. Ein Drittel der durchschnittlich gestiegenen Lebens-
216 erwartung sollte deshalb automatisch zu zusätzlicher Arbeitszeit werden. Das gesetzliche Ren-
217 teneintrittsalter darf im Sinne eines flexiblen Renteneintritts dabei nur noch den Nullpunkt für
218 Zu- und Abschläge bilden.

219 3. die Stärkung des Drei-Säulen-Modells

220 Eine individuelle und nachhaltige Altersvorsorge muss immer aus gesetzlicher, betrieblicher
221 und privater Altersvorsorge bestehen. Die private Riestervorsorge ist für die private Vorsorge
222 ein wichtiger Bestandteil. Wir fordern außerdem ein Zulagenmodell, das es auch Geringver-
223 dienern und Kleinunternehmern ermöglicht, in betriebliche Altersvorsorge zu investieren.
224 Schließlich fordern wir eine Reform der Sozialabgaben, die auf Beträge zur privaten Altersvor-
225 sorge erhoben werden. Es soll künftig sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer oder Selb-
226 ständige, die Entgeltumwandlung zur privaten Altersvorsorge nutzen, nicht doppelt belastet
227 werden.

228 4. eine Versicherungspflicht für Selbstständige

229 Mehr als zwei Millionen Selbstständige, die keine Mitarbeiter beschäftigen, treffen keine Vor-
230 sorge für das Alter. Damit ist Selbständigkeit ein Hauptrisiko für Altersarmut. Die Versiche-
231 rungspflicht für Selbstständige muss deshalb spätestens fünf Jahre nach Beginn einer selbstän-
232 digen Berufstätigkeit greifen. Die Wahl des Absicherungsmodells ist den Selbständigen zu
233 überlassen.

234 5. eine transparente, säulenübergreifende Renteninformation

235 Eine Berechnung der zu erwartenden Einkünfte ist häufig mühevoll und komplex. Wir brau-
236 chen deshalb ein System der säulenübergreifenden elektronischen Renteninformation und die
237 verpflichtende Datenlieferung aus jeder Säule, um größere Klarheit über den Wert der beste-
238 henden Altersvorsorge zu schaffen.

239 6. die finanzielle Gleichbehandlung von Familien und Kinderlosen

240 Nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung profitiert jeder Mensch, der keine Kinder hat,
241 vom Generationenvertrag in einer Höhe von durchschnittlich 50.000 Euro nach Berücksichti-
242 gung aller heute schon vorhandenen Fördermaßnahmen für Familien (auf die gesamte Lebens-
243 zeit gerechnet). Dies zeigt eine besorgniserregende Grundtendenz: Wer Kinder bekommt,
244 zahlt im deutschen Sozialsystem drauf.

245 Wir fordern die Festschreibung einer finanziellen Gleichbehandlung von Familien und Men-
246 schen ohne Kinder in der Gesamtheit der Steuer- und Sozialversicherungssysteme als überge-
247 ordnetes politisches Ziel der entsprechenden Systeme in den jeweiligen Gesetzen.

248 Durch ein Bündel von Maßnahmen soll innerhalb eines mehrjährigen Übergangszeitraums die
249 Subventionierung Kinderloser beendet und danach laufend die finanzielle Gleichstellung von
250 Familien und Menschen ohne Kinder sichergestellt werden.

251

252 **Zukunft der Pflege**

253 Bereits heute können wir in Deutschland von einem bestehenden Pflegenotstand sprechen.
254 Wer derzeit nach pflegerischer Unterstützung für seine Angehörigen sucht, sei es ambulant
255 oder stationär, kann in der Regel nicht mehr nach Qualitäts Gesichtspunkten aussuchen. Man
256 kann sich glücklich schätzen, wenn man überhaupt einen Anbieter findet. Im pflegerischen
257 Bereich besteht aufgrund des Mangels an Pflegepersonal kein Nachfrage-, sondern ein Ange-
258 botsmarkt. Wir müssen jetzt endlich die Weichen dafür stellen, damit sich diese Situation in
259 Zukunft nicht weiter zuspitzt.

260 Deshalb fordern wir:

261 1. die duale Pflegeausbildung zu stärken

262 Das deutsche Ausbildungssystem genießt weltweit eine hohe Anerkennung und umfasst
263 höchste Standards. Auch die duale Ausbildung zur Pflegefachkraft sichert eine qualitativ
264 hochwertige Berufsvorbereitung mit einem angesehenen Abschluss. Aus diesem Grund for-
265 dern wir die Beibehaltung dieses Ausbildungsganges. Eine ausschließliche Akademisierung des
266 Berufsbildes ist und sollte auch in Zukunft nicht das Ziel sein. Vielmehr müssen berufsbeglei-
267 tende Studiengänge für das Pflegepersonal ausgebaut und aktiv beworben werden. Das Ange-
268 bot an Studiengängen ist bisweilen stark begrenzt und wird in großen Teil von privaten Trä-
269 gern organisiert, die Länder sollen zukünftig vermehrt in die akademische Weiterbildung von
270 Pflegekräften investieren.

271 2. den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten

272 Wir begrüßen die Anstrengungen unseres Gesundheitsministers Jens Spahn, den Beruf der
273 Pflege durch eine Aufstockung des Personals und bessere Honorierung attraktiver zu gestal-
274 ten. Daneben fördert auch ein breites Weiterbildungsangebot und die Teilnahmemöglichkeit
275 an Supervisionen oder Coping-Trainings zur Bewältigung des stressigen Alltags die Attraktivi-
276 tät des Pflegeberufs. Daher sollten solche Weiterbildungen und Trainings als verpflichtender

277 Bestandteil der neuen Rahmenlehrpläne in der Ausbildung verankert und im weiteren Berufs-
278 leben immer wieder verpflichtend angeboten werden. Eine weitere Möglichkeit das Ergreifen
279 des Pflegeberufs attraktiv zu gestalten, stellen flexiblere Arbeitszeiten, wie zum Beispiel das
280 7/7-Arbeitszeitmodell, welches in einer stationären Pflegeeinrichtung in Berlin pilotiert wurde,
281 dar.

282 3. die Qualität ausländischer Pflegekräfte zu prüfen

283 Zur Sicherstellung des Personalbedarfs in der Pflege sind wir in Deutschland auf ausländische
284 Pflegekräfte angewiesen. Es muss oberste Priorität haben, dass dieses Personal gerade im
285 häuslichen Bereich legale Anstellungen erhält. Auch kurzfristige Pflegeeinsätze müssen deut-
286 schen Qualitätsstandards folgen und dabei gleichzeitig einen geregelten Arbeitsschutz für das
287 Pflegepersonal bieten. Um den Arbeitsmarkt im Bereich der Pflege auch für (nicht-) europäi-
288 sche Arbeitskräfte zu öffnen, aber zugleich einen ausreichenden Mindest- und Qualitätsstan-
289 dard festzusetzen, muss das Sprachniveau von B1 auf mindestens B2 heraufgesetzt werden.
290 Darüber hinaus sollte an der bisherigen Gesetzgebung festgehalten werden, die vorsieht, dass
291 eine einschlägige und mindestens dreijährige Berufserfahrung vorgewiesen werden muss.
292 Gleichzeitig gilt es, Anerkennungsverfahren für Ausbildungen und Studiengänge, die nicht
293 innerhalb der Europäischen Union absolviert wurden, zu beschleunigen und zu entbürokrati-
294 sieren.

295 4. bundesweite Pflegekammern

296 Eine aufrichtige Anerkennung und Wertschätzung der Pflegekräfte drückt sich nicht nur durch
297 eine bessere Finanzierung und den Ausbau der Kapazitäten in der Pflege aus. Pflegekräfte
298 müssen im gesellschaftlichen Leben wie auch im politischen Prozess vermehrt gehört und
299 wahrgenommen werden. Kammern übernehmen zudem eine Schlüsselposition, wenn es um
300 die Gewährleistung von Qualität in der Pflege geht. Deshalb sollen die Kammern Evaluations-
301 programme für Pflegefachschulen entwickeln und somit die Qualität der Lehre und Aktualität
302 der Curricula regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls in Kooperation mit den Schulen
303 überarbeiten.

304 5. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Pflege

305 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschränkt sich in der öffentlichen Debatte meist auf
306 die Betreuung von Kindern. Die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger ist aber ein ebenso
307 wichtiges Bedürfnis vieler Menschen und kann zum Teil auch schon uns als junge Generation
308 treffen. Im Gegensatz zur Elternschaft ist die Pflege von Angehörigen jedoch oftmals nicht
309 planbar und stellt viele Familien in kürzester Zeit vor große Herausforderungen. Ausgehend

310 von unserem christlich geprägten Familienbild unterstützen wir ausdrücklich die Entscheidung
311 vieler Familien, ihre Angehörigen selbst pflegen zu wollen. Unternehmen müssen verstärkt
312 ermuntert werden, ihren Mitarbeitern eine temporäre Arbeitszeitreduzierung im Rahmen der
313 Familienpflegezeit sowie eine Arbeitsfreistellung zur Pflege von Angehörigen anzubieten. Fle-
314 xible Arbeitszeiten erleichtern es zudem betroffenen Beschäftigten, ihre berufliche Arbeit mit
315 den eher unflexiblen Pflegeaufgaben zu vereinbaren.

316

317 **Zukunft der Digitalisierung**

318 Der digitale Wandel hat in den vergangenen Jahren immer stärker und weiter Einzug in alle
319 Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens gehalten. Diese digitale Evolution bietet große
320 Chancen und Potential in allen Bereichen, wenn die Entwicklung im Interesse der Gesellschaft
321 gestaltet, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt und ein Handlungsrahmen ge-
322 setzlich abgesteckt wird.

323 Deshalb fordern wir:

324 1. den flächendeckenden Ausbau der Glasfasernetze

325 Für die im Wettbewerb agierenden, ausbauenden Unternehmen müssen die Rahmenbedin-
326 gungen verbessert werden: Die Verlegung von Leitungen auch in niedrigen Tiefen (Micro-
327 Trenching) muss möglich sein, um kostengünstiger und somit rentabel zu bauen. Es braucht
328 regulatorischen Open-Access auf alle Leitungen, um einen ökonomisch unsinnigen Über- bzw.
329 Parallelbau auszuschließen. Wo weiße Flecken bestehen bleiben, ist seitens des Bundes und
330 der Länder geförderter Ausbau gefordert. Das bisherige Breitbandförderprogramm muss dafür
331 kurzfristig weiterentwickelt werden zu einem ambitionierten und entbürokratisierten Investi-
332 tionsprogramm. Gefördert werden soll alleinig der nachhaltige Glasfaserausbau bis zum End-
333 abnehmer (Fiber to the Home bzw. Fiber to the Building). Die auf dem alten Kupferkabel basie-
334 rende Vectoring-Technologie kann zwar für einzelne Unternehmen eine Übergangslösung
335 sein, ist aber volkswirtschaftlich nicht förderwürdig. Ziel ist eine flächendeckende Gigabit-
336 Infrastruktur – egal ob Stadt oder Land.

337 2. den effizienzorientierten Verkauf der Frequenzen für den Betrieb für 5G-Netze

338 Wir fordern, dass Lizenzen für den Betrieb von 5G-Netzen nicht nach dem Prinzip der Einnah-
339 menmaximierung, sondern nach den ambitioniertesten Ausbaupflichtungen vergeben wer-
340 den. Der 5G-Standard muss durch die ausgewählten Betreiber in den nächsten drei Jahren flä-
341 chendeckend eingeführt werden. Die Einführung von 5G ist Voraussetzung für das Umsetzen

342 innovativer Technologien wie dem autonomen Fahren und damit Grundlage für die Entwick-
343 lung des Industriestandortes Deutschland.

344 3. die deutschlandweite Einrichtung von digitaler Infrastruktur an Schulen und Berufs-
345 schulen

346 Die unionsgeführte Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einen Digitalpakt ange-
347 kündigt, der allen Schulen in Deutschland in Aussicht stellt, die erforderliche digitale Infra-
348 struktur für digitales Lernen einzurichten: vom gigabitfähigen Breitbandanschluss, über eine
349 flächendeckende WLAN-Infrastruktur bis zur smarten Tafel. Dafür sollen im Bundeshaushalt
350 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung dieses
351 Vorhabens.

352 4. die Integration digitaler Medien in den Schulalltag

353 Schule muss sich zu einem Ort entwickeln, an dem jedes Kind in jedem Fach lernt, mit den viel-
354 fältigen Potenzialen der digitalen Revolution umzugehen und sich so auf eine veränderte Ar-
355 beitswelt vorzubereiten. Deshalb muss das Bildungssystem modernisiert werden, mit neuen
356 Lehrplänen, die Digitalisierung und den Umgang mit Digitalem berücksichtigen, geschulten
357 Lehrern und ausreichend digitaler Infrastruktur. Grundlagen der Digitalisierung, wie das Ver-
358 ständnis für Algorithmen, Coding und Big-Data-Analysen müssen in den Lehrplänen abgebil-
359 det werden.

360 5. die grundsätzliche Beibehaltung der Netzneutralität

361 Die Netzneutralität ist ein Grundstein des freien und fairen Wettbewerbs im Internet. Gerade
362 in Zeiten, in denen die zu übertragenden Datenmengen exponentiell wachsen, ist es wichtig
363 die Gleichbehandlung aller Dienstleister zu wahren. Die Netzneutralität setzt in diesem Zu-
364 sammenhang auch Anreize für das Entwickeln innovativer Übertragungstechnologien.

365 6. die Stärkung von Militär, Polizei und Justiz für die Abwehr und Verfolgung von Krimina-
366 lität im und aus dem Netz

367 Das Internet setzt seine Nutzer und deren Daten vielfältigen Bedrohungen aus: Identitäts- und
368 Datendiebstahl, Cyber-Mobbing und das systematische Verbreiten von Falschinformationen
369 sind nur einige davon. Die meisten sind bereits heute strafbar. Doch nicht immer ist klar, wie
370 ein Gesetzesverstoß geahndet werden kann. Sei es, weil es Unklarheiten bei den Zuständigkei-
371 ten oder in der Rechtslage gibt, oder weil Risiken, wie die des Identitätsdiebstahls, von Behör-
372 denmitarbeitern nach wie vor systematisch unterschätzt werden. Wir fordern deshalb eine

373 weitere Aufrüstung der Strafverfolgungsbehörden und Verteidigungseinrichtungen und dau-
374 erhafte Fortbildung der zuständigen Mitarbeiter.

375 7. die Zuständigkeit der Behörden für die Verfolgung von Straftaten im Netz

376 Aus diesem Grund lehnen wir die im Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) festgeschriebe-
377 nen Bestimmungen ab, die einen Teil der Verantwortung für den Umgang mit rechtswidrigen
378 Inhalten an Plattformbetreiber wie Facebook abtritt. Stattdessen müssen Verleumdungen und
379 Hetze von den zuständigen Behörden verfolgt und geahndet werden. Nicht Unternehmen,
380 sondern Gerichte sollten über die Rechtswidrigkeit von Inhalten entscheiden und Anbieter die
381 Entscheidungen entsprechend zügig umsetzen. Dabei dürfen sich Plattformbetreiber nicht
382 ihrer letztlich auch finanziellen und personellen Verantwortung, die Verbreitung rechtswidriger
383 Inhalte und bewusster Falschinformationen effektiv zu verhindern, entziehen.

384

385 **Zukunft der Arbeit**

386 Die Umbrüche in der Arbeitswelt haben viele Facetten. Junge Arbeitnehmer setzen neue
387 Schwerpunkte in der Gestaltung ihres Lebens. Im Fokus der Arbeitsgestaltung liegen: Work-
388 Life-Balance und Selbstbestimmung und damit auch Eigenverantwortung für die Gestaltung
389 des eigenen Arbeitsumfeldes. Diese Entwicklung wird durch den digitalen Umbruch zusätzlich
390 befeuert.

391 Deshalb fordern wir:

392 1. das Arbeitszeitgesetz muss flexibler gestaltet und Home-Office gestärkt werden

393 Durch gesetzliche Ruhezeitvorgaben von elf Stunden am Stück ist eine eigene Aufteilung des
394 Arbeitstages bislang unmöglich. Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben, ihre Ruhephasen
395 selbst einzuteilen. Dafür müssen Ausnahmen eröffnet werden. Die Ruhezeit sollte sich bei-
396 spielsweise auf zwei Blöcke aufteilen lassen können. Außerdem sollte, sofern dem keine we-
397 sentlichen betrieblichen Einschränkungen widersprechen, die Möglichkeit für ein Wochenar-
398 beitszeitkonto anstelle einer Tagesarbeitshöchstzeit gesetzlich eingeführt werden. Wir animie-
399 ren Unternehmen, ihren Beschäftigten die Arbeit aus dem Home-Office, ggf. im Rahmen von
400 Vertrauensarbeitszeit, zu ermöglichen. Durch mehr Zeit- und Ortssouveränität können Familie
401 und Beruf besser vereinbart werden. Voraussetzung dafür ist eine ausgebaute digitale Infra-
402 struktur.

403 2. regelmäßige Weiterbildung statt bedingungslosem Grundeinkommen

404 Die Erstausbildung wird nur noch in wenigen Fällen ausreichen, um einen Beruf lebenslang
405 auszuüben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf Umbrüche in der Erwerbs-
406 biographie lehnen wir allerdings ab. Das christliche Menschenbild bedeutet für uns die Befähig-
407 ung und Verantwortung des Einzelnen. Erst bei Bedarf greift die Solidargemeinschaft unter-
408 stützend ein. Unsere Antwort lautet: Arbeitnehmer müssen sich mit fortschreitender Digitali-
409 sierung und Entwicklung immer wieder weiterentwickeln. Deshalb sind staatlich unterstützte
410 Weiterbildungen und lebenslanges Lernen zwingend notwendig. Wir fordern für alle Arbeit-
411 nehmer bundesweit Weiterbildungsschecks alle fünf Jahre, beginnend fünf Jahre nach dem
412 letzten Abschluss der Ausbildung.

413 3. die KI-Forschung auszubauen

414 Wir wollen die Forschung zu Künstlicher Intelligenz weiter ausbauen. Bereits heute stammen
415 über 50 Prozent aller weltweiten Patente zu Künstlicher Intelligenz aus Deutschland. Deutsch-
416 land muss im internationalen Wettbewerb aber weiter Vorreiter sein. So schafft Künstliche
417 Intelligenz Arbeitsplätze in Deutschland und kann, richtig eingesetzt, das Arbeitsleben erleich-
418 tern.

419 4. bundesweite Gründerstipendien einzurichten und den Zugang zu Wagniskapital zu er-
420 leichtern

421 Wissen ist die Ressource der Gegenwart und der Zukunft. Wir wollen Innovation und Mut und
422 deshalb neue Geschäftsideen fördern. Wir fordern deshalb nach nordrhein-westfälischem Vor-
423 bild staatliche Gründerstipendien, die junge Unternehmer in der Pre-Seed oder Seed Phase ein
424 Jahr lang mit monatlich 1000 € unterstützen. Außerdem muss der Staat ein Klima schaffen, das
425 Anreize für Investitionen von Wagniskapital Fonds und Business Angels insbesondere in der
426 Anschlussfinanzierung schafft. Dazu sollen Gewinne, die bei der Veräußerung von Wagniskapi-
427 talbeteiligungen anfallen, von der Steuer befreit werden, sofern diese kurzfristig erneut in
428 Wagniskapitalbeteiligungen investiert werden.